Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische

Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 171 (2005)

Heft: 7-8

Artikel: Beurteilung der politischen und militärischen Lage in Afghanistan im

Jahre 2005

Autor: Stahel, Albert A.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-69868

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

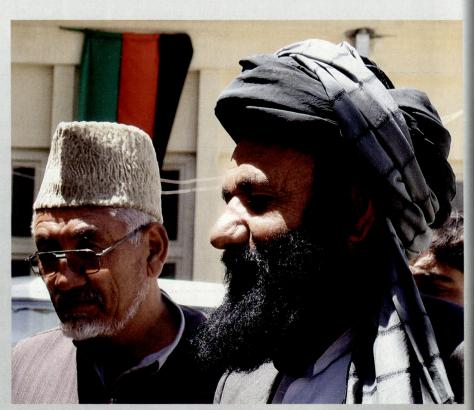
Download PDF: 30.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Beurteilung der politischen und militärischen Lage in Afghanistan im Jahre 2005

■ Albert A. Stahel

Die Bevölkerung Afghanistans wird im September das nationale Parlament und die Provinzräte wählen. Diese Wahlen werden durch die internationale Gemeinschaft unterstützt. So leistet die EU erhebliche finanzielle Beiträge für die Durchführung dieser Wahlen. Die Hoffnung besteht, dass durch diese Wahlen die Regierung und damit das Land in Zukunft stabilisiert werden. Bis jetzt herrscht trotz oder vielleicht wegen der Einmischung fremder Truppen in Afghanistan nur eine bedingt politische Stabilität. Wohl ist die Regierung heute in der Lage, in den Provinzen Gouverneure ein- und abzusetzen. Aber diese Massnahmen kann sie nur in Absprache mit den lokalen Kräften tun. So muss sie z.B. in den Paschtunengebieten auf die Interessen der Stammesführer Rücksicht nehmen.



Ehemailiger Gouverneur der Provinz Zabul.

Bertzo MATIONS

Flughafen Kabul:
nicht in Betrieb als
Folge von Unwetter.

Die Regierung ist ausserhalb von Kabul militärisch nicht präsent. Auf den Strassen der Provinzen begegnet man nur den US-Patrouillen oder den PRTs (Provincial Reconstruction Teams). Im Gegensatz zu 2004 sind die grossen Waffenarsenale in den Provinzen beinahe verschwunden. Entweder sind die Panzer, Artilleriegeschütze und Mehrfachraketenwerfer in den Depots der UN und damit der Regierung abgeliefert worden, oder sie sind verschrottet oder in geheimen Lagern versteckt worden. Letzteres ist ein Hinweis auf das Misstrauen verschiedener ehemaliger Mujaheddin-Kommandanten gegenüber Kabul. Gleichzeitig ist es ein Zeichen dafür, dass die politische und militärische Lage noch nicht stabil ist.



Hamed Karzai, Mai 2002 (damals noch Übergangspräsident, seit Oktober 2004 gewählter Präsident Afghanistans).

PRT (Neuseeland) auf dem Flughafen von Bamjyan.



Aus dem Vortrag Eine kritische Analyse der Zukunft Afghanistans* von Pair Sayed Ishaq Gailani ** anlässlich der Veranstaltung zum Thema «Nation Building» in Afghanistan. Gehalten am 10. Juni 2005 an der Universität Zürich.



Sehr geehrte Anwesenden, verehrte wissenschaftliche und politische Persönlichkeiten,

meine Damen und Herren!

Es ist mir eine grosse Freude, mich in der Gesellschaft von hoch geschätzten wissenschaftlichen und politischen Persönlichkeiten wie Sie zu finden. Ich habe das Gefühl, dass heute ein wichtiger Tag ist, den man auf dem Kalender besonders hervorheben sollte, weil eines der wichtigen Probleme der Welt behandelt wird. Vielleicht stimmen die Freunde mit mir darin überein, dass das politische Schicksal der Welt mit dem Schicksal von Afghanistan verknüpft ist. Daher ist die Diskussion über Afghanistan eigentlich die Diskussion über die Probleme der Welt. Zuerst möchte ich den Institutionen und den Persönlichkeiten danken, welche die Zukunft Afghanistans auf die Tagesordnung dieses Seminars gesetzt und wichtige wissenschaftliche und politische Persönlichkeiten dazu eingeladen haben, um über dieses Thema zu diskutieren. Ich hoffe, dass diese Konferenz ein Wendepunkt sein wird, aus dem neue Impulse für den Prozess der Entfaltung der Demokratie und Zivilisation in Afghanistan ausgehen werden.

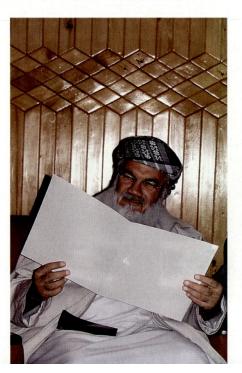
- *Alle weiteren Auszüge von Pair Sayed Ishaq Gailani sind diesem Vortrag entnommen.
- ** Pair Sayed Ishaq Gailani ist 1954 geboren und lebt in Afghanistan und Pakistan. Er ist ehemaliger Präsidentschaftskandidat und Berater der afghanischen Regierung. Er präsidiert die «National Solidarity Movement of Afghanistan» (Union of 42 Afghan parties). Während des Krieges gegen die Sowjetunion führte er das Sekretariat der «National Islamic Front of Afghanistan (NIFA)».



General Abdul Rashid Dostum und seine Gäste.



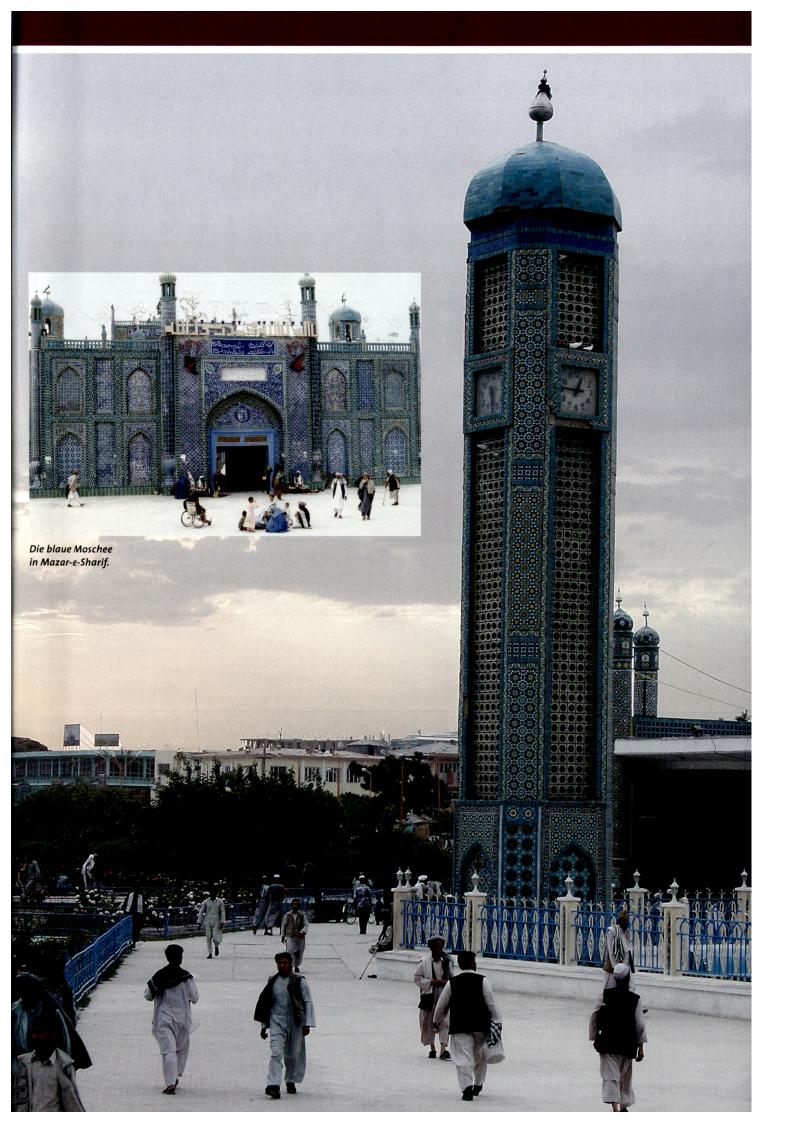
Durch Taliban massakrierte Usbeken aus der Armee von Dostum 1998 bei Mazar-e-Sharif.



curity Assistance Force (ISAF) und durch die neue Afghan National Army (ANA) geschützt. In Kabul ist aber gleichzeitig General Rashid Abdul Dostum als Generalstabschef der Streitkräfte des Verteidigungs-, Innen- und Sicherheitsministeriums mit Teilen seiner eigenen Armee präsent. Während die ANA aus Paschtunen rekrutiert wird, besteht die Armee von Dostum, die diesen schützt, vor allem aus Usbeken. Zu einem wesentlichen Teil stammen die Offiziere der Armee von Dostum noch aus der Armee des letzten kommunistischen Herrschers Mohammad Najibullah. Sie sind im Gegensatz zu den Offizieren der ANA kampferprobt und Dostum gegenüber loyal. In Kabul bestehen demzufolge vier Machtzentren: die Regierung, Dostum, Ismael Khan und die Reste der Nordallianz sowie die ISAF. Zusätzlich kommt noch die Polizei dazu, die durch die Deutschen aufgebaut wird. Sowohl die Offiziere der ANA wie auch jene der Polizei werden durch internationale Beobachter als unzuverlässig bezeichnet. Ein weiterer Akteur in Kabul ist die US-geführte Koalition. Die amerikanischen Patrouillen in Kabul führen sich wie Machos und fallen damit als Besatzungstruppen im negativen Sinn auf.

Militärisch wird die Regierung in Kabul durch die Einheiten der International Se-

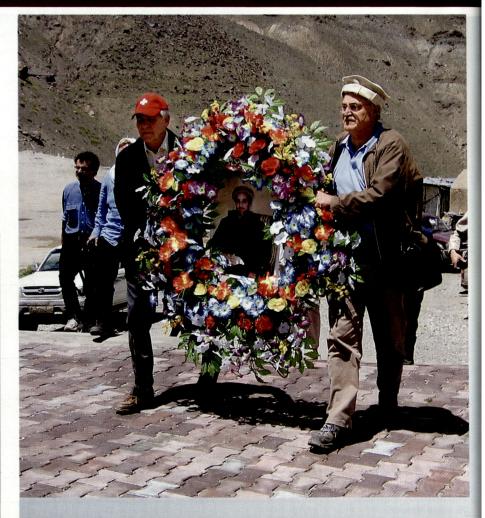
Ismael Khan: Minister für Wasser und Energie.



Aus dem Vortrag von Pair Sayed Ishaq Gailani anlässlich der Veranstaltung zum Thema «Nation Building» in Afghanistan. Gehalten am 10. Juni 2005 an der Universität Zürich.

Zur politischen Lage:

Wir waren für die unbegrenzte Hilfe der Weltgemeinschaft zur Unterstützung unseres Widerstandes gegen die Sowjetunion sehr dankbar. Heute erfordert die Wiederherstellung des Friedens und der Sicherheit in der Region nicht die Versorgung der Afghanen mit Waffen und Kriegsmaterialien. Vor allem brauchen wir die Herstellung und Festigung eines Regimes, das die Entstehung eines auf dem Willen des Volkes basierenden Staates und die Entfaltung der zivilen Gesellschaft sicherstellen kann. Wir benötigen den Aufbau eines Afghanistans, das keinen Boden für kriegerische Auseinandersetzungen und ungesunde Rivalitäten bereitet, sondern einen Knotenpunkt für die Entfaltung der guten Beziehungen zwischen den Staaten und Kontinenten. Die Vernachlässigung Afghanistans hatte das Land in Anarchie, Instabilität, Krieg, Gewaltherrschaft, Terrorismus, Drogenanbau und -handel getrieben. Einige Länder hatten angefangen, diese Instabilität auszunutzen. Die Entwicklung und Verbreitung des Terrorismus in Afghanistan war eine widerliche Realität, welche die Sicherheit und den Frieden in der Region und in der Welt bedrohte. Trotz unserer Ermahnungen wollte die Weltgemeinschaft nicht daran glauben. Daher kamen einige traurige Ereignisse für sie unerwartet.



Kranzniederlegung am Grab von Ahmad Shah Massud.

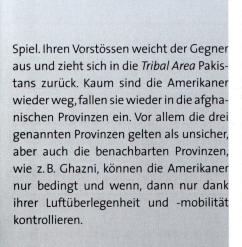
Die Amerikaner ihrerseits sind bestrebt, die letzten Reste der Taliban aufzuspüren und zu vernichten. Mit Helikoptern und kleinen Patrouillen versuchen sie, die Stützpunkte der Taliban und der so genannten Al-Kaida aufzuspüren. Die Hauptkampfgebiete sind die Provinzen Nangarhar, Paktika und Zabul. Für den Beobachter ist dies nicht überraschend, sind dies doch typische Paschtunenprovinzen. Das Vorgehen der Amerikaner und ihrer Alliierten ähnelt einem Katz-und-Maus-

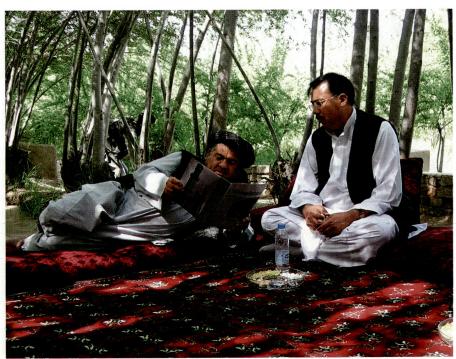


Strassenszene in Ghazni.

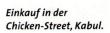


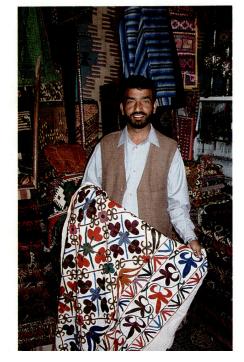
Rechts unser Gastgeber Alhaj Baz Mohammad Jozjani.













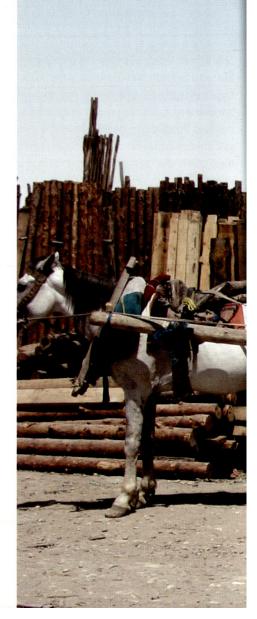
Grundsteinlegung des Begegnungszentrums der ETH Zürich in Bamjyan.

Als Folge des rücksichtslosen Vorgehens der US-geführten Koalition - willkürliche Verhaftungen von Dorfchefs (Maliks) und der Bombardierung von Dörfern - nimmt in Afghanistan der Antiamerikanismus stetig zu. Dieser äussert sich in der stummen Wut von Passanten in Kabul, aber auch in Protesten und Demonstrationen. Ein Beispiel dafür sind die Studentenproteste als Folge der so genannten Koran-Affäre in Guantanamo, über die in Newsweek berichtet wurde. Es besteht durchaus die Möglichkeit, dass die stumme Wut sich eines Tages in Gewaltaktionen gegen Angehörige der NGOs in Afghanistan entladen könnte.

Was das Nation Building betrifft, so sind dafür die sichtbaren Zeugnisse die Instandstellung einzelner Strassen, wie z.B. die strategische Strasse zwischen Kandahar und Kabul, und die Errichtung von Schulhäusern. Zu letzteren ist allerdings zu bemerken, dass der Schulunterricht vielfach immer noch in Zelten stattfindet. Diese Massnahmen sind sicher das Verdienst der auswärtigen Mächte und der PRTs. Die übrigen Bauvorhaben sind allerdings das Werk privater Initiativen. Dies trifft vor allem für den Bau von Häusern in Kabul und teilweise auch sogar für den Neubau von Schulhäusern zu. Drogenhändler investieren viel Geld in die Errichtung neuer Wohn- und Geschäftsquartiere in Kabul. Die Regierung zeigt wenig Initiative bei der Förderung und Unterstützung privater Initiativen. Ein typisches Beispiel dafür ist die Erdölförderung in der Provinz Saripul, die die Regierung bis jetzt unterbunden hat. Auch die Erdgasförderung und damit die Lieferungen ins Ausland hat die Regierung in Kabul bis jetzt nicht wirklich aufgenommen.



Landwirtschaft in Saripul.



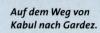


Karosseriewerkstatt an der Strasse nach Bamjyan.



Das ehemalige Polytechnikum und heutige Universität von Mazar-e-Sharif.

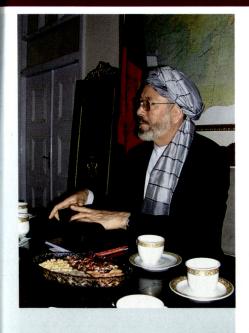








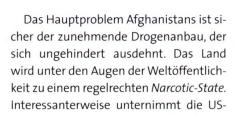






Links: Vizepräsident Abdul Karim Khalili.

Rechts: Der Palast des Gouverneurs von Gardez.



geführte Koalition beinahe nichts dagegen. Diese Passivität wirkt angesichts des heftigen Kleinkrieges gegen die Taliban im Osten und Süden befremdend.

Die Lage Afghanistans erscheint zwiespältig. Auf der einen Seite ist der Wiederaufbau nach den Zerstörungen in all den Kriegsjahren sichtbar, auf der anderen Seite hat der Aussenstehende den Eindruck einer lähmenden Atempause. Irgendwie besteht seitens der Bevölkerung eine Wartehaltung. Diese Lähmung könnte vielleicht durch einen klaren Abzugsplan der Amerikaner beseitigt werden. Die bisherigen Absichten der Amerikaner weisen allerdings in eine andere Richtung. Offensichtlich wollen die USA ihre Stützpunkte in Afghanistan behalten, ja vielleicht sogar ausbauen. Ein solches Vorhaben könnte sich allerdings als Bumerang entpuppen. Wie die Geschichte beweist, verlieren die Afghanen irgendwann einmal die Geduld mit ungebetenen Gästen, und ihre Wut entlädt sich in Gewalt.

Was die Gefährdung der Bevölkerung, die von den Minen und den Blindgängern ausgeht, betrifft, so muss diese nach wie vor als hoch beurteilt werden. Blindgänger sind vor allem die Folge der amerikanischen Bombardierungen von 2001. ■



Private Initiative zur Erdölförderung wird durch den Staat behindert.